

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 R. 20 Pf. einschließl.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

**Nr. 132.**

46. Jahrgang.

Donnerstag, den 9. November

1899.

### Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender **Reinigung** bleiben die Rathsexpeditionen  
**Montag, den 13. und Dienstag, den 14. November 1899**  
geschlossen.  
Nur **dringliche Angelegenheiten des Standesamtes** werden an diesen Tagen  
**Vormittags von 10 bis 11 Uhr erledigt.**  
Eibenstock, den 8. November 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Grüchtel.

**Sonntag, den 12. November 1899,**

früh 7/8 Uhr

findet eine **Uebung für die Absperr- und Wachmannschaften** der städtischen Pflicht-  
feuerwehr statt. (Die Spritzenmannschaft ist nicht betheiligt.)  
Die Mannschaften stellen im **Magazingarten.**  
Abziehen sind anzulegen.

Unentschuldigtes oder nicht genügend entschuldigtes Ausbleiben, verspätetes Erscheinen,  
sowie jeder Ungehorsam gegen die Vorgesetzten, insbesondere das Rauchen im Dienste wird  
unnachlässig mit Geldstrafe bis zu 10 Mark oder entsprechender Haft bestraft.  
Mit Rücksicht auf die früheren mangelhaften Entschuldigungen weisen  
wir noch besonders darauf hin, daß Entschuldigungen vorher rechtzeitig bei  
dem betreffenden Zugführer unter Angabe der Gründe schriftlich oder münd-  
lich anzubringen sind.  
Eibenstock, den 7. November 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Hg.

**Bekanntmachung.**

Unter dem Viehbestande des Viehhändlers Karl Deinj zu **Gundshübel, Brd.-**  
**Cat.-Nr. 103,** ist die **Schweinepest** ausgebrochen.  
Eibenstock, den 8. November 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

### In Oesterreich

nehmen die Dinge jetzt einen weniger stürmischen Verlauf und selbst die Ausschreitungen der Tschechen in Böhmen und Mähren haben durch das ernsthafte Einschreiten der Behörden ihr Ende gefunden. Graf Clary ist zweifellos ein ehrlicher Mann, der es mit seiner überaus schwierigen Berührungsaufgabe ernst nimmt.

In Wien ist das Abgeordnetenhaus wieder zusammgetreten und seine erste Aufgabe war die Verabreichung des von den Deutschen gestellten Antrages auf Revision bzw. gänzliche Aufhebung des Diktatur-Paragraphe 14. Graf Clary hat den entgegenkommenden Standpunkt der jetzigen Regierung durch folgende Erklärung zu erkennen gegeben:

„Die Anträge, welche in Verhandlung stehen, betreffen eine wichtige Frage des geltenden Staatsrechts, und ich erachte es daher als geboten, schon in diesem Stadium den Standpunkt, welchen die Regierung diesen beiden Anträgen gegenüber einnimmt, dem hohen Hause kurz bekannt zu geben. Die Nothwendigkeit der Befriedigung unaufschieblicher Staatsbedürfnisse zu einer Zeit, wo die Volksvertretung nicht verammelt ist, hat zur Einführung der gesetzvertretenden Verordnungen Veranlassung gegeben, welche auch das Verfassungsrecht anderer Staaten kennt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Nothverordnungsrecht, welches bei uns im § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung niedergelegt ist, sich während des Bestandes der Verfassung in den wiederholten Fällen, wie bei den sofort gewährten staatlichen Unterstützungen zur Linderung von Nothständen, den häufigsten Staatsbeiträgen zu Gunsten dringender gemeinnütziger Arbeiten als äußerst förderlich für das öffentliche Interesse im Allgemeinen, insbesondere aber für das wirtschaftliche Wohl der Bevölkerung erwiesen hat. Da bei dieser Art der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen gegen den Bestand derselben ein grundsätzliches Bedenken nicht erhoben wurde und ein derartiges Bedenken sichtlich nicht erhoben werden kann, thätiglich auch zugegeben werden muß, daß sich jederzeit wieder derartige Fälle ergeben können, bei welchen bei Einminderung des § 14 auf verfassungsmäßiger Grundlage nicht mehr mit der gebotenen Raschheit eingegriffen werden könnte, vermag die Regierung den Anträgen der Abgg. Daxböckl, Verkauf und Rieger auf vollkommene Aufhebung des § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung nicht zuzustimmen. Für eine solche spezielle Vorfrage in den Verfassungs-Urkunden spricht in der That die Erwägung, daß gerade in der ausnahmsweisen Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt an die Regierung bei scharfer Begrenzung der Ausnahmefälle und bei genauer Anwendung der Voraussetzungen ein wirksamer Schutz für die Verfassung selbst gegeben ist.“

Anlangend die Anträge der Abgg. Bergelt und Genossen, welche die Anwendung des § 14 auf wirtschaftliche Nothfälle beschränken, glaube ich darauf aufmerksam machen zu müssen, daß sich aus der Fassung nicht mit voller Bestimmtheit ergeben läßt, in welchem Umfange die Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen beabsichtigt wird. Die Regierung behält sich daher vor, sofern das hohe Haus eine weitere Behandlung dieser Frage beschließen sollte, im Ausschusse den Standpunkt der Regierung zu präzisieren. Die Regierung steht übrigens nicht an, auch bei diesem Anlasse neuerdings zu betonen, daß sie von dem ihr durch die Bestimmungen der Verfassung klar vorgezeichneten Wege unter keinen Umständen jemals abweichen wird.“

Diese ehrlichen Darlegungen wurden allseitig mit Beifall aufgenommen, denn man darf nicht übersehen, daß auch für die Deutschen feindliche Majorität die Gefahr besteht, daß der § 14 einmal gegen sie „gemißbraucht“ werden könnte. Es wurde denn auch der Antrag auf Abänderung des § 14 einstimmig angenommen und einem zu wählenden 48-gliedrigen Ausschusse nach dem Antrag des Abgeordneten Kaiser der Auftrag ertheilt, binnen vierzehn Tagen Bericht zu erstatten. Die Deutschen in Oesterreich können nun wieder etwas freier athmen. Ihr mannhafter Widerstand gegen die Sprachverordnungen, dessen Formen man nicht immer gutheißen konnte, hat schließlich zum Siege geführt, dessen Früchte aber nur dann gesichert erscheinen, wenn sie den Mahnruf beachten: „Seid einig, einig, einig!“

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser hörte am Montag den Vortrag des Chefs des Marine-Kabinetts Frhrn. v. Soden-Vibran, sowie den des Staatssekretärs Tirpitz, der in der letzten Sitzung des Ministerrathes die Grundzüge der neuen Marine-Vorlage darlegte.

— Berlin, 7. November. Die „N. A. Z.“ schreibt: Der Besuch, den die russischen Majestäten morgen unserem Kaiserpaar in der Residenzstadt Potsdam abstaten, wird als ein neues Unterpfand der zwischen dem deutschen und dem russischen Herrscherhause wie dem Deutschen und dem Russischen Reiche bestehenden werthvollen Freundschaftsbeziehungen von allen Kreisen unseres Volkes freudig begrüßt. Wir verehren in Kaiser Nikolaus dem Zweiten einen hochbegabten, edelsinnigen Monarchen, der die Geschichte eines mit Deutschland in bester Nachbarschaft lebenden Weltreiches zu großen Zielen lenkt, und der, weit über die Grenzen Russlands hinaus, das politische Leben und Denken aller Völker des Erdalles an der Grenzscheide zweier Jahrhunderte mit neuen verheißungsvollen Anregungen befruchtet hat. Wir erblicken in dem erhabenen Vorkämpfer der besten menschlichen Bestrebungen zugleich den erprobten Träger der altüberlieferten und oft bewährten Freundschaft zwischen Deutschland und Russland. Auf dem durch die herzlichen Beziehungen der beiden Herrscher verbürgten und für beide Länder gleich segensreichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Russland beruht es, daß die deutsche und die russische Macht in Europa friedlich neben einander wirken und sich, außerhalb dieses Welttheiles, vertrauensvoll weiteren Aufgaben zuwenden können. In der festen Zuversicht, daß sich an den morgigen Tag für die Wohlfahrt und den Frieden der Welt glückliche Folgen knüpfen werden, heißen wir den ertauchten Herrscher Russlands und seine hohe Gemahlin als Gäste unseres Kaiserpaars ehrsüchtig und herzlich willkommen!

— Oesterreich-Ungarn. Vom nächsten Jahr ab soll die Civilliste des Kaisers Franz Joseph durch ein neues Gesetz auf zehn Jahre fixirt werden; danach soll jede Reichshälfte 6 Millionen für den Hofstaat entrichten. Das Motiv der Erhöhung ist darin zu suchen, daß vor 30 Jahren, als die Civilliste die gegenwärtige Höhe (4,650,000 Gulden) erhielt, die Herrscherfamilie bloß 33 majorene männliche Mitglieder zählte, gegenwärtig dagegen 72, von denen nach dem Hausgesetz jedes 50,000 Gulden Apanage erhält.

— Amerika. Der Washingtoner Berichterstatter der Londoner „Morning Post“ erfährt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten demnächst Schritte ergreifen werde, um die Stellung der Unionstaaten im fernem Osten sicherer zu machen, wahrscheinlich werde ein starkes Kriegsgeschwader unter dem Befehl Demeys nach den chinesischen Gewässern geschickt werden. Die Regierung wolle zwar kein Gebiet Chinas annectiren, es sei denn, daß sie durch die Umstände dazu gezwungen werde, aber sie sei entschlossen, ihre Interessen in China eifrig zu wahren und sie in jeder möglichen Weise zu vergrößern.

— Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Vom Kriegsschauplatz liegt eine Fülle einander widersprechender Nachrichten vor. Die englische Berichterstattung will Glauben machen, sie solle nichts veröffentlichen, damit die Pläne des Generals Buller den Buren nicht verrathen würden. Auch liegen wieder höchst zweifelhafte Nachrichten über englische Siege bei Ladysmith vor. Trotz all dieser angeleglichen Siege verschlimmert sich die Situation des Generals White mehr und mehr. Daß der General in Ladysmith völlig eingeschlossen ist, wird auch von englischer Seite nicht mehr in Abrede gestellt. Inzwischen bringen die Buren immer weiter nach Süden vor. Die Besetzung von Colenso wird bestätigt. Es ist dies nur ein aus wenigen Häusern bestehender Ort, aber er ist von strategischer Wichtigkeit, weil er in der Nähe der Eisenbahnbrücke über den Tugelafluß liegt, die die einzige Rückzugslinie für General White bildet. — Im Süden gehen die Freistaaten von Colesberg weiter vor und die Engländer ziehen sich zurück. Das große britische Lager bei Stromberg wurde auf Befehl Bullers geräumt. Die Engländer gingen nach Queenstown, 60 Meilen südlich, zurück. 3500 Oranje-

buren beherrschen die Bahnlinie nach East London, wo angeblich die englischen Verstärkungen landen sollen. — Die Annexion eines Theiles von Natal soll bereits die Folge haben, daß viele Afrikaner auch im Norden von Kapland zu den Buren übergehen. — Die Nachricht über einen gelungenen Ausfall der Engländer nach Western-Hill ist noch nicht beglaubigt. Dieselbe lautet:

London, 7. November. „Das „Reuter'sche Bureau“ meldet vom 4. d. M. Mittags aus Eastcourt: „Hier ist soeben ein glaubwürdiger Bote aus Ladysmith eingetroffen, welcher während der letzten Nacht durch den Linien der Buren gedrungen ist; derselbe berichtet, daß am Donnerstag ein heftiges Gefecht rund um Ladysmith stattgefunden hat. Am heftigsten war der Kampf bei Tatham's Farm, im Westen von Ladysmith. Die Engländer trieben die Buren, welche schwere Verluste erlitten, in ihr Lager zurück; 30 berittene Buren wurden zu Gefangenen gemacht. Am Freitag wurde das Gefecht wieder aufgenommen. Die Buren feuerten vom Rothwathana-Berg, in der Nähe von Pepworth Farm, aus. Der Feind wurde wiederum mit Verlusten nach dem Lager zurückgedrängt. Ein starkes Kommando mit Artillerie hat an der linken Seite des Lagers eine Stellung eingenommen, welche drei Farmen gegenüber Westers Station beherrscht. Ein kleines Kommando hat an der Südseite bei Pieters Station ein Lager bezogen, welches die Eisenbahn beherrscht. Bei Colenso sind keine Verluste erlitten. Eine Abtheilung Marinemannschaften mit Geschützen kehrt heute zum Schutze der Einwohner nach Pietermaritzburg zurück. Die Verluste der Buren an Todten, Verwundeten und Gefangenen in dem Gefecht bei Tatham's Farm sollen 800 Mann (?) betragen.“

— Als in den ersten Tagen des Krieges das unbegründete Gerücht aufstatterte, die Zulus hätten den Buren ihre bewaffnete Hilfe angeboten, erhob die englische Presse zornigen Protest dagegen, daß die Schwarzen in den Kampf der Weißen hineingezogen würden und auch die den Buren freundlich gesinnte festländische Presse ermahnte die Buren eindringlich, nicht zu einem solchen ihre gute Sache schändenden Mittel zu greifen. Das war damals, als das vereinigte Königreich noch von Jubelgeschrei über den vermeintlichen Sieg bei Glencoe widerhallte und die Zingos noch von einer militärischen Promenade nach Prätoria zu den Diamant- und Goldfeldern träumen zu dürfen glaubten. Inzwischen ist dem Glencoe Siegesrausch die schmerzliche Ernüchterung gefolgt und hat die militärische Lage in Natal sich derart gewandelt, daß eine Katastrophe der Heeresabtheilung des Generals White bei Ladysmith sehr wahrscheinlich geworden ist, während gleichzeitig die Gefahr einer Erhebung des ganzen Burenthums in der Kapkolonie wie in Natal mit jedem Tage bedrohlicher aufsteigt. Da plötzlich sendet das „Bureau Reuter“ die Meldung in die Welt hinaus, die Basutos hätten sich gegen die Buren erhoben und von anderer Seite wird bereits gemeldet, sie schickten sich an, aus ihrem südöstlich an den Oranjerestaat grenzenden Bergland herabzusteigen und in die von wehrfähigen Männern entblöhten Landschaften jenseits des Caledonflusses einzubringen. „Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus“, das ist alles, was das „Bureau Reuter“ seiner Meldung hinzuzufügen weiß. Bergehens lauschen wir bisher nach einer Zurückweisung der Zumuthung aus, England könnte, da es ihm in Natal schlecht gehe, zu dem civilisationsfeindlichen Mitteln greifen, die wider mordlustigen Basutos auf wehrlose Frauen und Kinder von Weißen, von Christen loszulassen. Sollte die englische Presse wirklich nichts daran finden, wenn die Basutos auf den Kriegspfad gegen die Buren gehet würden, nachdem sie gegen eine Mobilmachung der Zulus wider die Engländer so gewichtige, aus der Tiefe des feinstyligsten christlichen und civilisatorischen Gewissens geschöpfte Gründe vorzubringen gewußt hat? Herr Chamberlain freilich wäre es wohl zuzutrauen, daß er, um die arg gefährdete Lage und sich selbst zu retten, die Schwarzen auf weiße Weiber und Kinder hefte.

— Von großer Tragweite ist folgende Meldung der offiziellen „Pol. Korresp.“ in Wien: Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die portugiesische Regierung an dem Entschlusse, in Bezug auf den englisch-transvaalischen Krieg vollst ändige